

# NEIN zur allgemeinen Corona-Impfpflicht! Unterversorgung verhindern - NEIN zum Impfzwang im Gesundheitsbereich!

Einwohnerantrag gemäß § 25 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA)

**Wir, die unterzeichnenden Einwohner aus dem Landkreis Jerichower Land (LK JL), fordern den Kreistag folgendes zu beschließen:**

1. Der Landrat wird aufgefordert, die Verhängung behördlicher Beschäftigungsverbote in Form von Tätigkeits- bzw. Aufenthaltsverboten für Beschäftigte der von § 20a IfSG betroffenen Gesundheitseinrichtungen ab dem 16.03.2022 so lange auszusetzen, bis geklärt ist: a) dass eine Unterversorgung ausgeschlossen werden kann, b) ob bestimmte Antikörper-Titer anerkannt werden und c) der aktuelle Stand der Erkenntnisse zur Wirksamkeit der Impfstoffe gegen die vorherrschenden Virusvarianten in die Ermessensentscheidung einbezogen wurde.
2. Der Kreistag Jerichower Land spricht sich (in einer Willensbekundung bzw. Resolution) gegen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht (Covid-19) aus.

**Begründung:** Der Bundestag hat am 10.12.2021 u.a. eine Änderung des Infektionsschutzgesetz (§ 20a IfSG) beschlossen. Daraus ergibt sich faktisch eine „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ für das betroffene Personal (z.B. in Krankenhäusern, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen und -diensten, aber auch Rettungsdienste). Die betroffenen Einrichtungen müssen diejenigen Mitarbeiter, die bis zum Ablauf des 15.03.2022 keinen Impf- oder Genesenennachweis oder ein ärztliches Zeugnis über eine medizinische Kontraindikation vorlegen, beim Gesundheitsamt melden. Das Gesundheitsamt **kann** dann im Rahmen der Infektionsschutzkontrolle ab dem 16.03.2022 Tätigkeits- bzw. Aufenthaltsverbote aussprechen. Viele ungeimpfte Mitarbeiter im Gesundheitsbereich sind genesen und auch nach 6 Monaten noch immun. Diese medizinisch sinnvollen und andere nachvollziehbare Entscheidungen gegen eine Impfung mit bedingt zugelassenen Impfstoffen ohne Langzeitdaten dürfen nicht zum Betätigungsverbot und faktischen Jobverlust führen. Angesichts einer drohenden Unterversorgung im Gesundheitsbereich unseres Landkreises, müssen vor Durchsetzung etwaiger Tätigkeits- bzw. Aufenthaltsverbote o.g. Aspekte geklärt werden und eine Erhebung über die Auswirkungen erfolgen und der Vollzug ausgesetzt werden. Ferner verbietet sich eine allgemeine Impfpflicht. **Wir fordern daher** die oben genannten Punkte des Einwohnerantrages anzunehmen. Ein Zusammenbruch des Gesundheitswesens durch einen Impfzwang muss verhindert werden. Eine allgemeine Impfpflicht verbietet sich!

## Unterschriftsliste zum Einwohnerantrag:

Bitte füllen Sie die Liste vollständig und lesbar aus, da Ihre Unterschrift sonst ungültig ist. Eintragungsberechtigt sind alle Einwohner ab 14 Jahren, die im Landkreis JL seit mindestens 3 Monaten Ihren Erstwohnsitz haben.

Nr.	Vorname	Nachname	Geburtsdatum	Straße	PLZ	Ort	Unterschrift	Anmerkung Behörde
1.								
2.								
3.								
4.								
5.								
6.								
7.								
8.								
9.								
10.								

Die Unterzeichnenden werden durch folgende Personen vertreten: André Kendziora, Dennis Einwiller, Michèle Sprengel